

Islamisten und der „Arabische Frühling“ in Marokko: Der Kontinuität verschrieben?

Ferdinand Eibl und Dörthe Engelcke

Zusammenfassung

Akteurskonfigurationen und Machtverhältnisse im politischen Feld weisen in Marokko trotz des „Arabischen Frühlings“ eine große Kontinuität auf. Seit ihrem Wahlsieg im November 2011 hat die islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) die Vormachtstellung der Monarchie ein weiteres Mal anerkannt und verfolgt, ihrem Wahlkampfmotto getreu, eine „Moralisierung von Politik“. Bekräftigt durch den Wahlsieg der Islamisten bildeten sich lokale Komitees, welche die von der Partei propagierte moralisch-konservative Werteordnung umzusetzen versuchen. Andererseits modifiziert sich seit dem Wahlsieg des PJD die Parteistruktur. Zum einen wächst die Mitgliederzahl, zum anderen ändert sich die Klientel. Neben innerparteilichen Veränderungen im PJD zeichnet sich seit dem „Arabischen Frühling“ eine Fragmentierung des breiten islamistischen Spektrums in Marokko ab, eine Entwicklung die vom König unterstützt wird. Seit 2011 wurden beispielsweise salafistische Prediger von König Mohammed VI. begnadigt und aus der Haft entlassen. Es wird seit 2012 verstärkt über eine salafistische Parteigründung spekuliert. Allerdings sind die Salafisten zersplittert und spielen deshalb politisch eine untergeordnete Rolle. Der gewaltbereite, jihadistische Salafismus stellt trotz wiederkehrender Anschlagsdrohungen keine akute Bedrohung dar. Die islamistische Vereinigung Gerechtigkeit und Wohlfahrt, Jama'at al-adl wal-ihsan, ist nach wie vor nicht legalisiert. Die Organisation schließt eine Partizipation am politischen Leben zwar nicht kategorisch aus, sie weigert sich jedoch konstant, die religiöse Legitimität der marokkanischen Monarchie anzuerkennen; sie ist somit, abgesehen von radikal-salafistischen Gruppen, die einzige weitverzweigte und gut strukturierte Organisation, die in Opposition zum Regime steht. Aufgrund ihrer politischen Isolation wird sie jedoch auch in Zukunft die Monarchie nicht ernsthaft gefährden können. Der König wird weiterhin die marokkanische Politik bestimmen und die Kontinuität der innen- und außenpolitischen Orientierung Marokkos garantieren.

1. Marokko zwischen Wandel und Kontinuität

In Marokko führten die Massenproteste seit Februar 2011 im Unterschied zu Tunesien und Ägypten nicht zum Sturz des Staatsoberhauptes und zu einer politischen Neuordnung. Bereits wenige Wochen nach den ersten Massenprotesten am 20. Februar 2011 kündigte der König Mohamed VI. in seiner Rede vom 9. März 2011 eine umfassende Verfassungsreform an.¹ Damit setzte sich der König selbst sehr früh an die Spitze der Reformbewegung und konnte eine Intensivierung der Protestbewegung vermeiden. Zudem ermöglichte ihm dieser Schritt, eine potentielle Allianz zwischen politischen Parteien und der Protestbewegung zu unterbinden.

Die Verfassungsreform, über die 72,6 Prozent der Wahlberechtigten in einem Referendum abstimmten, wurde am 1. Juli 2011 mit 97,6 Prozent der abgegebenen Stimmen angenommen. Die neue Verfassung stärkt die Rolle des Parlaments und des Premierministers, garantiert jedoch zugleich wichtige exekutive und religiöse Vorrechte des Königs. Die Position des Königs als „Führer der Gläubigen“ und somit als religiöses Oberhaupt des Staates bleibt auch weiterhin bestehen. In der neuen Verfassung gilt die Person des Königs als „unantastbar“, wenn auch nicht mehr als „heilig“ wie in der vorherigen Verfassung. Verteidigungs- und Außenpolitik bleiben Prerogative des Königs. Der vage formulierte Verfassungstext ermöglicht es dem König, von ihm als strategisch erachtete Politikfelder maßgeblich zu beeinflussen. Obwohl die Exekutivgewalt des Königs formal eingeschränkt wurde, bleibt der autoritäre Charakter des monarchischen Systems insgesamt erhalten.²

Im Zuge der Verfassungsreform wurde auch eine vorgezogene Neuwahl des Parlaments opportun. In den Parlamentswahlen, die am 25. November 2011 stattfanden, gewann die moderat-islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) ein Viertel der Sitze und stellt somit die größte Fraktion im Parlament. Der neuen Verfassung entsprechend wurde Abdelilah Benkirane als Generalsekretär der stärksten Partei vom König zum Premierminister ernannt. Somit ging der „Arabische Frühling“ auch in Marokko mit einem Bedeutungszuwachs islamistischer Akteure einher und verstärkte damit, nach dem Wahlsieg der islamistischen Partei Ennahda in Tunesien und der Partei der Muslimbruderschaft in Ägypten, einen regionalen Trend, der islamistische Parteien nach Jahrzehnten politischer Exklusion in

Regierungsverantwortung bringt. Obwohl die nationalen Protestbewegungen keinen spezifisch-islamistischen Charakter aufwiesen,³ sind Islamisten zweifelsohne die eigentlichen Gewinner des politischen Umbruchs im Nahen Osten und Nordafrika. Für den marokkanischen Fall lässt sich zudem festhalten, dass die wesentlichen Akteure vor und nach dem Umbruch gleich geblieben sind.

Das islamistische Spektrum Marokkos ist weiterhin gespalten. Während der PJD formell in das politische System eingebunden ist, operiert die islamistische Organisation Jama'at al-Adl wal-ihsan (Gemeinschaft für Gerechtigkeit und Wohltätigkeit) weiterhin illegal, wird aber staatlicherseits weitestgehend toleriert. Inspiriert von den Wahlsiegen der Salafisten in Ägypten gibt es jedoch auch in Marokko seit 2011 Bestrebungen im salafistischen Spektrum, eine politische Partei zu gründen. Somit könnte in Kürze ein weiterer legaler islamistischer Akteur das Parteienspektrum erweitern.

Aus der Sicht der Monarchie stellt die Regierungsübernahme des PJD vorerst das Ende eines erfolgreichen Kooptationsprozesses dar. Die Monarchie setzt damit eine bisher altbewährte Machterhaltungsstrategie der Fragmentierung und partiellen Eingliederung von Akteuren des islamistischen Spektrums fort.⁴ Der PJD versucht wiederum, seinem islamisch-konservativen Profil entsprechend, bestimmte Politikfelder zu prägen und thematisch zu besetzen. Dabei stößt die Partei bisweilen an die Grenzen des institutionellen Rahmens des monarchischen Systems. In Anbetracht der weitgehend unveränderten Akteurskonstellation im religiös-politischen Feld scheint es angebracht, in einem ersten Schritt die historische Genese und die Positionen der Akteure zu skizzieren. In einem zweiten Schritt sollen dann neuere Entwicklungen seit dem Wahlsieg des PJD analysiert und eingeordnet werden.

2. Die Entwicklung islamistischer Akteure bis 2011

Seit der Unabhängigkeit von Frankreich 1956 hat es die Monarchie verstanden, politische Macht religiös zu legitimieren und die zentrale politische Rolle der Monarchie symbolisch zu untermauern.⁵ Die Neuerfindung von Tradition⁶ ging einher mit einer Monopolisierung religiöser Symbolik und der Transformation religiöser Symbolik in politische Macht. Neben der Kooptation von gesellschaftlichen Schlüssel-eliten und der Kontrolle über den Repressionsapparat stellt religiöse

Legitimität die dritte Säule des marokkanischen Autoritarismus dar.⁷ Seit der Unabhängigkeit hat es die Monarchie verstanden, sich als Garant der nationalen und territorialen Einheit zu positionieren. Das Fortbestehen des Staates wurde somit direkt an das Fortbestehen der Monarchie geknüpft.

Das zentrale Konzept in diesem Zusammenhang ist die so genannte Führerschaft der Gläubigen (Imarat al-mu'minin). Diese macht den marokkanischen König aufgrund seiner Abstammung vom Propheten Mohammed zum geistigen Oberhaupt des marokkanischen Volkes. Infolgedessen besitzt der König die Deutungshoheit über alle nicht säkularisierten Rechtsfelder wie beispielsweise das islamische Familienrecht. Zudem setzt er alleine die Ziele und Inhalte staatlicher Religionspolitik fest, deren landesweite Verbreitung durch staatliche Religionsgelehrte (Ulama) sichergestellt wird.⁸ Diese religiöse Legitimation der marokkanischen Monarchie bewirkte, dass sich islamistische Opposition vergleichsweise spät entwickelte und den Fortbestand der Monarchie nie ernsthaft gefährden konnte. Zum einen konnten islamistische Bewegungen die Monarchie nicht einfach religiös delegitimieren. Zum anderen war die islamistische Opposition selbst gespalten: einige Akteure erkannten die religiös-politische Stellung der Monarchie an, andere nicht. Dies stellt bis heute die entscheidende Konfliktlinie innerhalb des islamistischen Spektrums dar.

2.1. Die Gemeinschaft für Gerechtigkeit und Wohlfahrt (Jama'at al-adl wal-ihsan)

Auf der einen Seite steht die Jama'at al-adl wal-ihsan (im Folgenden: Adl wal-ihsan),⁹ die seit ihrer Gründung die religiöse Legitimität der Monarchie nicht anerkannt hat. Die zentrale Person der Bewegung ist Scheich Abdessalam Yassine, der als Sufi und islamischer Gelehrter die Rolle des spirituellen Führers (Murshid) innehat. Obwohl es keine offiziellen Zahlen gibt, wird die Gemeinschaft weithin als größte islamistische Organisation Marokkos angesehen. Yassine sieht das monarchische Regime (Makhzan) als korrumpiert und damit als das zentrale Entwicklungshindernis Marokkos an.¹⁰ Das daraus resultierende Spannungsverhältnis zwischen Monarchie und der Gemeinschaft fand unter anderem in den Briefen Ausdruck, die Yassine an König Hassan II. und an dessen Nachfolger auf dem Thron seit 1999, König Mohammed VI., adressierte. Beide Monarchen forderte er in diesen Briefen zur geistigen und politischen Umkehr auf. Der Hausarrest Yassinés,

der 2000 endete, trug wesentlich zu einer Popularisierung und Ausbreitung der Bewegung bei.¹¹

Dabei ist es wichtig zu unterstreichen, dass die Bewegung primär als religiöse und nur sekundär als politische Bewegung agiert. Die Islamisierung der Gesellschaft durch Predigen und religiöse Belehrung (Da'wa) zielt darauf ab, eine muslimische Gemeinschaft zu rekonstruieren, die sich am Vorbild des Propheten orientiert. In dieser Gemeinschaft sollen sowohl rechtliche Aspekte des islamischen Rechts als auch mystische, sufistische Praktiken in einem originären Gesellschaftsprojekt miteinander verbunden werden.¹² Das Ziel ist die Schaffung einer islamischen Moderne als Gegenprojekt zur westlich-säkularen Gesellschaftsordnung, die in ihrer Dimension einen pan-islamischen Anspruch hat. Die Organisation lehnt dabei Gewalt als Mittel der Durchsetzung ihrer Ziele kategorisch ab.

Das politische Projekt von Adl wal-ihsan orientiert sich am Konzept des Kalifats, an dessen Spitze jedoch nicht eine Einzelperson, sondern ein Entscheidungsgremium steht. Parlamentarismus und demokratische Regierungswechsel durch Wahlen und politische Parteien werden durch das in der Religion verankerte Konzept der Konsultation (Schura) islamisch legitimiert.¹³ Gesetzgebung und Politik sind durch den Rahmen des islamischen Rechts (Scharia) normativ begrenzt. Innerhalb dieses Rahmens ist Pluralismus möglich, jedoch gibt es keinen Raum für gleichwertige, säkulare Gesellschaftsprojekte.

Organisatorisch weist die Gemeinschaft eine Doppelstruktur auf. Auf der einen Seite stehen rein religiöse Aktivitäten, die vor allem darauf abzielen, die Lehre Yassines in der Bevölkerung zu verbreiten. Besondere Bedeutung kommt dabei den sogenannten „Familien“ zu, die auf der lokalen Ebene als kleinste Organisationseinheiten agieren und einen engen Kontakt mit der Bevölkerung gewährleisten. Bei den regelmäßigen Treffen der Familien stehen Koran-Lesungen und religiöse Erziehung, basierend auf Yassines Werk „Der prophetische Ansatz“ (al-Minhaj al-nabawi), im Vordergrund. Finanziert wird die Bewegung nach eigenen Angaben aus Spenden von Mitgliedern und Sympathisanten.

Auf der anderen Seite steht die politische Arbeit. Nach dem missglückten Versuch, Anfang der 1980er Jahre als Partei legalisiert zu

werden,¹⁴ ist die Partizipation am institutionellen politischen Prozess aufgegeben worden. Adl wal-ihsan ist somit illegal tätig, die Aktivitäten der Vereinigung werden jedoch vom Regime weitgehend toleriert. Einem Kooptationsversuch von Seiten der Monarchie widersetzte sich die Bewegung Anfang der 1990er Jahre erfolgreich.¹⁵ Im Zuge der Liberalisierungspolitik in den 1990er Jahren schuf die Organisation 1998 einen „politischen Zirkel“, der sich speziell politischen Fragen widmet. Damit besitzt die Organisation eine embryonale Parteistruktur, die im Falle einer politischen Partizipation aktiviert werden könnte.

2.2. Der PJD (*Parti Justice et Développement/Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung*)

Im Gegensatz zu Adl wal-ihsan erkennt der PJD¹⁶ die religiöse und politische Vormachtstellung der Monarchie klar an. Die Partei geht historisch auf die islamistische Jugendbewegung Vereinigung der islamischen Jugend Marokkos (*Jam'iyat al-shabiba al-islamiya al-maghribiya*) von Abdelkarim Muti zurück, die sich in den 1970er Jahren, vor allem in Opposition zur linken Studentenbewegung, formierte.¹⁷ 1981 spaltete sich davon eine Gruppe um Abdelilah Benkirane ab, um sich von den Gewaltaktionen der Vereinigung um Muti zu distanzieren. Ende der 1980er Jahre äußerte die Gruppe um Benkirane erstmals ihr Interesse, eine politische Partei zu gründen. Nach dem gescheiterten Kooptationsversuch von Adl wal-ihsan griff der damals amtierende König Hassan II. auf die Gruppe um Benkirane zurück, um eine islamistische Strömung ins politische System zu integrieren.¹⁸ Die Eingliederung der Islamisten war in beiderseitigem Interesse erfolgt: Die Bewegung für Einheit und Reform strebte nach legaler Anerkennung, um ihren Einfluss auf politischer Ebene auszubauen. Der König zielte mit dieser Eingliederung auf eine Eindämmung radikaler Islamisten ab. Allerdings wurde ihnen die Gründung einer eigenen Partei zunächst untersagt. Vielmehr mussten sie sich in die seit den 1960er Jahren legalisierte, aber kaum politisch aktive, königstreue Partei MPDC eingliedern, die zu diesem Zeitpunkt nur noch als Rumpfpartei existierte. 1998 erfolgte die Umbenennung in PJD. Im Zuge der Eingliederung in die Partei MPDC¹⁹ wurden die religiösen Aktivitäten der Islamisten in die Vereinigung MUR (*Mouvement de l'Unité et de Réforme/Bewegung für Einheit und Reform*)²⁰ ausgelagert, die seitdem für die Bekehrungsarbeit auf der Graswurzelebene zuständig ist. So

sind religiöse und politische Aktivitäten zwar formal getrennt – beide sind jedoch essentielle Bestandteile des Gesamtprojekts des PJD.

Seit ihrer ersten Teilnahme an Parlamentswahlen 1997 verbesserte die Partei ihr Wahlergebnis konstant. Dabei sollte jedoch herausgestellt werden, dass der PJD in der Frühphase sehr darauf bedacht war, als nicht zu dominant im politischen Prozess wahrgenommen zu werden. So trat die Partei 1997 und 2002 nur in einer begrenzten Zahl von Wahlbezirken an, um die Anzahl ihrer Abgeordneten von vornherein zu limitieren.²¹ Die wachsende Popularität des PJD ist vor allem das Ergebnis einer geschickten und effektiven Parteiorganisation.²²

Aufgrund ihrer politischen Praxis auf kommunaler Ebene gelten PJD-Mitglieder – im Gegensatz zu Mitgliedern anderer Parteien – als nicht korrupt.²³ Ein weiteres wichtiges Unterscheidungsmerkmal von anderen Parteien ist die gut funktionierende parteiinterne Demokratie und ein hohes Maß an Ämterzirkulation innerhalb der Partei, was zusätzlich die Glaubwürdigkeit der Partei erhöhte. Wählersozologisch ersetzte der PJD die Sozialistische Union der Volkskräfte (USFP) als Volkstribun in den urbanen Zentren Marokkos, wo er besonders bei jungen Marokkanern der Mittelschicht erfolgreich ist.²⁴

Im Gegensatz zu anderen islamistischen Parteien, wie beispielsweise die Partei für Freiheit und Gerechtigkeit der ägyptischen Muslimbruderschaft, verzichtete der PJD bisher auf die Verteilung von materiellen Gütern während des Wahlkampfes.²⁵ Statt elektoralem Klientelismus versuchen sich die Kandidaten des PJD als erfolgreiche Manager zu profilieren, die vor allem ökonomische Probleme erfolgreich lösen können.²⁶

Ideologisch ist der PJD eine moderat-islamistische Partei, die selbst häufig den Vergleich mit Christdemokraten in Europa und dem türkischen Model sucht.²⁷ Der PJD bekennt sich zu allen prozeduralen Prozessen der Demokratie wie Gewaltenteilung und Regierungswechsel durch Wahlen. Als etablierter Akteur im politischen System lehnt die Partei Gewalt als Mittel der Politik klar ab. Der PJD versucht, seine politischen Ziele innerhalb des existierenden institutionellen Rahmens zu erreichen.

In Bezug auf das Verhältnis von Politik und Religion lässt sich feststellen, dass mit fortschreitender Teilnahme am politischen Prozess religiöse Themen im politischen Diskurs der Partei abnahmen. Die Partei vertritt in ihrem Diskurs eine moralische Werteordnung, die sich zwar aus religiösen Quellen ableitet, mit diesen allerdings nicht deckungsgleich ist. Folglich findet sich im Programm des PJD auch keine Forderung nach der Einführung der Scharia. Ideen und Gesellschaftsvorstellungen außerhalb des islamischen Rechts sind deshalb prinzipiell möglich, wenn auch für die Partei politisch problematisch. Der PJD verfolgt das Ziel einer Moralisierung des politischen Lebens und nicht einer Islamisierung der Gesellschaft.²⁸ Bekehrungsarbeit und die Verbreitung religiöser Inhalte fallen in den Aufgabenbereich der Vereinigung MUR. Diese bereitet die moralisch-religiöse Grundlage vor, auf der dann die Partei ihr politisches Programm aufbaut. Da bis dato die meisten PJD Mitglieder auch Mitglieder der MUR sind, kann die MUR als eine Art moralische Kaderschmiede der Partei angesehen werden.

Individuelle Freiheitsrechte werden als von Gott garantiert angesehen. Streitthemen wie Homosexualität oder Fastenbrechen während des Ramadans werden im privaten Raum toleriert. Im öffentlichen Raum hingegen setzt der PJD sich für die Einhaltung einer konservativen Werteordnung ein, die sich aus ihrem islamischen Referenzrahmen speist.

2.3. Die Salafisten

Seit den 1970er Jahren gewann der Salafismus in Marokko durch ein Netz von Koranschulen zunehmend an Bedeutung. 1976 gründete Scheich Mohamed Maghraoui die Organisation Da'wa (Mission) für den Koran und die Sunna, die sich rasch verbreitete. 2001 leitete Maghraoui etwa hundert dieser Schulen in dreißig verschiedenen Städten.²⁹ Die Anhänger der Jama'at al-tabligh wal-da'wa (Gemeinschaft für Verkündung und Mission) um Scheich Bachir El Younssi, die zehntausend Anhänger mobilisieren kann, lehnen eine Vermengung von Religion und Politik ab und geben an, auch keine Beziehungen zu den anderen islamistischen Organisationen zu unterhalten, die sich politisch betätigen.³⁰ Die Monarchie unterband die Ausbreitung des Salafismus nicht, sondern verstand diesen in den 1980er Jahren zunehmend als Chance, den politischen Islam zu schwächen. Vor dem 11. September 2001 wurde der Salafismus zwar als radikal

(in seiner Zielsetzung und Interpretation der Religion), aber als apolitisch und damit von Seiten der Monarchie als ungefährlich eingeordnet.

Dies änderte sich mit den Anschlägen von Al-Qaida vom 11. September 2001 auf Ziele in New York und Washington und mit den Anschlägen 2003 und 2007 in Casablanca. Nachdem Marokko von Al-Qaida bis Anfang der 2000er Jahre lediglich als Rückzugs- und Organisationsbasis genutzt wurde, wurde das Königreich mit dem Anschlag 2003 in Casablanca nunmehr selbst zum Ziel islamistischer Terroranschläge. Ausgeführt wurde der Anschlag 2003 von Mitgliedern der Islamischen Kämpfenden Marokkanischen Gruppe (Groupe Islamique Combattant Marocain/GICM), die sich vor allem aus früheren Afghanistan-Kämpfern zusammensetzt und Al-Qaida nahesteht. Die Selbstmordattentäter selbst stammten – wie auch beim zweiten Anschlag 2007 – aus Sidi Moumen, einem Slum in den Vororten von Casablanca. Seitdem gilt Marokko als erhöht anschlaggefährdet, wobei das massive und bisweilen willkürliche Durchgreifen der Sicherheitskräfte nach den Attentaten die Gefahr terroristischer Anschläge minderte.

Es lassen sich zwei Strömungen innerhalb des marokkanischen Salafismus unterscheiden: Eine Strömung, die um Koranschulen organisiert ist und für eine wortgetreue Interpretation der islamischen Quellen steht, Gewalt jedoch ablehnt und somit als Da'wa-Salafisten bezeichnet werden kann. Auf der anderen Seite steht die salafistisch-jihadistische Tendenz, die sich an Al-Qaida orientiert und Gewalt gegen „Ungläubige“ als legitim betrachtet. Beide Strömungen sahen bis vor kurzem jegliche Partizipation am politischen Prozess als unislamisch an und lehnten diese folglich ab.

3. Entwicklungen seit dem „Arabischen Frühling“ 2011

3.1. Der PJD

Seit dem Wahlsieg im November 2011 interpretiert die Partei die neue Verfassung und die darin verankerten Kompetenzen defensiv und erkennt somit die Vormachtstellung der Monarchie ein weiteres Mal an. Die Praxis der Souveränitätsministerien – Ministerien, die direkt dem König unterstehen – setzt sich auch in der neuen Regierung fort. Bereits während der Regierungsbildung erkannte Abdelilah Benkirane das Religionsministerium als Teil des königlichen Kompetenzbereichs an.³¹

Der Religionsminister, Ahmed Toufiq, blieb folglich im Amt. Toufiq gehört der Boutchichiya an, einem der wichtigsten Sufi-Orden des Landes, und ist für seine moderate und reformerische Haltung bekannt.

Die Politik der Technokraten setzt sich in der neuen Regierung vom Januar 2012 fort. Fünf Minister der neuen Regierung gehören keiner Partei an. Das Verteidigungsministerium sowie das Generalsekretariat der Regierung wurden unter anderem mit Technokraten besetzt, was als Niederlage für den PJD interpretiert werden kann. Zudem wurde Fouad Ali El Himma, ein ausgesprochener Gegner des PJD, zum königlichen Berater ernannt; er gestaltete zudem die Regierungsbildung maßgeblich mit.³² Dies unterstreicht deutlich den begrenzten Handlungsspielraum des PJD.

Ihrem Wahlkampfmotto entsprechend verfolgt die Partei seit der Übernahme der Regierungsgeschäfte das Ziel einer Moralisierung von Politik. So ist u.a. die Einführung islamischer Banken geplant, die die bestehenden Geschäftsbanken jedoch nicht ersetzen, sondern lediglich ergänzen werden.³³ Zudem forciert sie eine Diskussion über „saubere Kunst“. Die Partei bemüht sich in diesem Zusammenhang darum, einen neuen Wertekanon für die staatliche Filmförderung einzuführen. In Zukunft sollen laut PJD-Funktionär Bilal Talidi nur noch Filme gefördert werden, die „die marokkanische Werteordnung nicht verletzen“.³⁴ Mit dieser Moralisierung von Politik ist auch eine Personalisierung von Korruption und Misständen zu beobachten. Seit ihrem Regierungsantritt deckte die Partei beispielsweise einige kleinere Korruptionsskandale auf.³⁵ Schuld an Korruption, so die PJD-Führung, seien jedoch unmoralische Einzelpersonen und nicht die strukturelle Beschaffenheit des politischen Systems mit den königlichen Patronagenetzwerken an der Spitze des Staates.

Die Situation der Freiheits- und Menschenrechte ist trotz der Regierungsübernahme des PJD weitestgehend unverändert geblieben.³⁶ Marokkanische Sicherheitskräfte setzen in der Handhabung der andauernden sozialen Proteste weiterhin vor allem auf Repression. Zudem untersagte der Minister für Kommunikation Mustapha Khalfi im Februar 2012 die Einfuhr der französischen Wochenzeitschrift *Le Nouvel Observateur* und der französischen Zeitschrift *Le Pèlerin*, weil die Magazine Gottes- und Prophetendarstellungen abdruckten.³⁷ Es muss allerdings hinzugefügt werden, dass auch alle vorherigen nicht-islamistischen Regierungen immer wieder aus religiösen Gründen Zensur

übten, was darauf schließen lässt, dass dies auch auf Anordnung des Regimes erfolgt. Dem Anspruch, die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit zu stärken, wird der PJD bisher allerdings nicht gerecht, was auch auf den eingeschränkten politischen Handlungsspielraum der Partei zurückzuführen ist.

Seit dem Wahlsieg des PJD wurden außerdem verstärkt auf lokaler Ebene Komitees gegründet, die sich, bekräftigt durch den Wahlsieg der Islamisten, verpflichtet sehen, an der gesellschaftlichen Basis eine moralisch-konservative Werteordnung umzusetzen.³⁸ So wurden beispielsweise Frauen, die in dem Dorf Ain Leuh in der Atlasregion als Prostituierte arbeiteten, gezwungen, das Dorf zu verlassen.³⁹ In Kenitra und Salé hielten die Komitees Proteste vor Restaurants ab, die jüngst eine Alkohollizenz erworben hatten.⁴⁰ Wer genau hinter der Organisation dieser lokalen Zusammenschlüsse steht, ist nicht bekannt. Einige Beobachter vermuten Mitglieder der PJD-nahen Vereinigung MUR oder Salafisten hinter der Organisation der Komitees. Auch wenn es unklar bleibt, wer diese Komitees organisiert, so spiegeln diese ein Klima der Moralisierung wider, welches durch die programmatischen Akzente des PJD auf nationaler Ebene zumindest indirekt unterstützt wird. Bezeichnenderweise hat der PJD bisher keine Maßnahmen eingeleitet, um die Aktivitäten der Komitees zu unterbinden. Lahcen Daoudi, PJD-Mitglied und Minister für Hochschulwesen, sieht die Komitees als vorübergehend positives Phänomen, solange die Regierung die Korruptionsbekämpfung noch nicht selbst vollkommen unter Kontrolle hat.⁴¹

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene führte diese Moralisierung von Politik zu einer stärkeren Polarisierung zwischen islamistischen und säkularen Parteien, Vereinigungen und Bürgern. Diese Polarisierung fand ihren bisherigen Höhepunkt nach dem Selbstmord der Minderjährigen Amina Filali im März 2012. Das Mädchen wurde nach einer Vergewaltigung zur Heirat mit ihrem Peiniger genötigt, was durch verschiedene Bestimmungen im Straf- und Familienrecht ermöglicht wird. Frauen- und Menschenrechtsorganisationen fordern seitdem eine Reform der verschiedenen Gesetzestexte.⁴² Die PJD-Familienministerin, Basima Hakkoui, reagierte zögerlich auf die Forderungen und stilisierte den Fall zu einem sozialen und gesellschaftlichen Problem, das nicht durch rechtliche Reformen zu lösen sei. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass es nach Hakkaouis Ansicht keine religiöse Legitimation für diese Gesetzestexte gibt. Ob die unterschiedlichen Artikel re-

formiert werden oder nicht, hängt ihr zufolge nicht von deren Konformität mit dem islamischen Recht ab, sondern lediglich damit, ob eine Verletzung internationaler Konventionen vorliegt oder nicht. „Wir werden prüfen, ob der Artikel die Menschenrechte verletzt, nicht ob er die Scharia verletzt“, erklärte Hakkoui.⁴³ Dies lässt eine Fortsetzung des bisherigen Säkularisierungstrends des PJD-Diskurses vermuten.⁴⁴

Darüber hinaus modifiziert sich seit dem Wahlsieg des PJD die Parteistruktur. Zum einen lässt sich ein Zuwachs an Mitgliedern beobachten, zum anderen ändert sich die Klientel der Partei.⁴⁵ Die neuen Mitglieder sind mehrheitlich nicht mehr auch gleichzeitig Mitglieder der Vereinigung MUR. Vor allem Beamte und Mitarbeiter in den nun vom PJD geführten Ministerien sind der Partei beigetreten. Das zweistufige Auswahlverfahren, welches angehende PJD-Parteimitglieder ursprünglich durchlaufen mussten,⁴⁶ ist nach dem Wahlsieg gelockert worden. Da seitdem lediglich das Ausfüllen eines Aufnahmeantrags nötig ist, um Parteimitglied zu werden, ist es für die Partei schwierig, die Integrität der Parteibasis zu garantieren.⁴⁷ Falls folglich neuen Mitgliedern korruptes oder ineffizientes Verhalten unterstellt wird, könnte dies negativ auf die Partei zurückfallen, deren guter Ruf bislang auf Effizienz und Integrität fußt.⁴⁸ Diese Entwicklung stellt laut Lahcen Daoudi, Mitglied des Generalsekretariats des PJD, „die momentan größte Herausforderung“ für die Partei dar.⁴⁹

Jedoch wird durch die stark verankerte interne Demokratie der Partei eine gewisse Kontinuität des Mitgliederprofils der Kandidaten gewährleistet. Kandidaten müssen vor ihrer Nominierung einen komplexen Auswahlprozess mehrerer Wahlgänge und offener Diskussionsrunden durchlaufen, in denen Stärken und Schwächen der Amtsanwärter offen diskutiert werden. Dieser Prozess garantiert, so der PJD-Funktionär Bilal Talidi, dass nur Parteimitglieder, die die notwendigen Qualitäten mitbringen und breite Unterstützung in der Partei genießen, zur Wahl aufgestellt und Opportunisten somit frühzeitig ausgesiebt werden.⁵⁰

Insgesamt betrachtet scheint es möglich, dass der PJD einen ähnlichen Prozess der Notabilisierung durchlaufen könnte, wie die USFP nach ihrem Wahlsieg 1998.⁵¹ Damals änderte die USFP – ähnlich wie jüngst der PJD – die Rekrutierungspraxis. Dieser Prozess der Notabilisierung führte zur Schwächung und Fragmentierung der USFP. Der Fall von Samir Abdelmoula, einem reichen Geschäftsmann und frühe-

ren Bürgermeister Tangers, der vor der Parlamentswahl im November 2011 zum PJD übertrat,⁵² bekräftigt die Annahme, dass die Regierungserfahrung des PJD ähnlich verlaufen könnte wie die der USFP. Der Fall von Abdelmoula zeigt auch, dass sich die traditionell eher schwache Beziehung zwischen PJD und Geschäftswelt intensiviert. Die Annäherung wird zusätzlich durch die liberale Wirtschaftsrhetorik der Partei begünstigt. So erklärte der einflussreiche Textilfabrikant Karim Tazi beispielsweise vor der Parlamentswahl im November 2011 seine Unterstützung für den PJD.⁵³

Die veränderte Parteistruktur wird auch Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen der Vereinigung MUR und dem PJD haben. Seit ihrer ersten Teilnahme an Wahlen 1997 konnte die Partei ihre Unabhängigkeit gegenüber ihrer Graswurzelbewegung, der MUR, kontinuierlich ausbauen.⁵⁴ Dies geschah sowohl durch die Erschließung neuer materieller Ressourcen und eine zunehmende Institutionalisierung der Partei als auch durch wachsende Wählerunterstützung. Diese zunehmende Unabhängigkeit ermöglichte es der Partei, pragmatischere und häufig moderatere Positionen – notfalls auch gegen die Zustimmung der MUR – zu vertreten.⁵⁵ Es ist zu erwarten, dass sich der Emanzipationsprozess von der MUR durch die anhaltende Modifikation der Mitgliederstruktur weiter fortsetzen wird.

3.2. *Adl wal-ihsan*

Es wird seit 2011 darüber spekuliert, dass Adl wal-ihsan in naher Zukunft am offiziellen politischen Leben teilnehmen könnte, was von der Bewegung selbst nicht kategorisch ausgeschlossen wird. „Eine politische Partei zu gründen ist unser Recht“, sagt Omar Aharchane, seit dessen Gründung 1989 Mitglied des politischen Zirkels von Adl wal-ihsan.⁵⁶ Die Bewegung weigert sich jedoch kontinuierlich, mit dem Regime den Rahmen ihrer politischen Partizipation und die roten Linien im Vorfeld zu verhandeln. „Die Gründung einer Partei sollte lediglich ein administrativer Prozess und kein politischer Akt sein“, so Aharchane.⁵⁷ Aufgrund dieser starren Haltung und der Tatsache, dass die Bewegung auch weiterhin die religiöse Legitimität des Königs nicht anerkennt, ist die Erlaubnis zur politischen Partizipation bisher nicht erteilt worden.

Adl wal-ihsan nahm 2011 an den Protesten der Bewegung des 20. Februar teil und positionierte sich somit einmal mehr als einzige ver-

bleibende islamistische Regimeopposition – im Gegensatz zum PJD, der die Proteste zumindest offiziell nicht unterstützte. Adl wal-ihsan bildete bis zum Rückzug im Dezember 2011 das Rückgrat der Bewegung des 20. Februar. Als Gründe für den überraschenden Rückzug führt Adl wal-ihsan die zunehmende Statik und divergierende Interessen innerhalb der Bewegung des 20. Februar an. So kam es nach der Rede des Königs vom 9. März 2011, in der eine grundlegende Verfassungsreform angekündigt wurde, vermehrt zu Auseinandersetzungen über das weitere Vorgehen zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen der Bewegung des 20. Februar. Adl wal-ihsan forderte damals, die Proteste zu intensivieren und offen den Sturz des Regimes zu fordern, was von vielen anderen Teilnehmern speziell nach der Verfassungsreform als zu radikal angesehen wurde.⁵⁸ Diese radikale Positionierung von Adl wal-ihsan gegenüber der Monarchie ist letztlich der Hauptgrund für die fortdauernde politische Isolation der Organisation.

Ob Adl wal-ihsan in Zukunft am politischen Prozess teilnimmt, wird vermutlich nicht wie bisher von ideologischen Gesichtspunkten, sondern vom politischen Kontext abhängen.⁵⁹ Falls es dem PJD gelingen sollte, sein politisches Programm umzusetzen und sich genügend Freiräume für politisches Handeln zu erarbeiten, könnte dies Adl wal-ihsan ermutigen, ihre bereits vorhandene Parteistruktur zu aktivieren.

Die bisherige Regierungsführung des PJD wird von Adl wal-ihsan jedoch als „kompletter Misserfolg“ gewertet, in dessen Zuge der PJD seine Glaubwürdigkeit verlieren werde.⁶⁰ Aus dieser Perspektive erscheint es weiterhin rational, nicht am politischen Prozess teilzunehmen. Die Vereinigung wird vermutlich versuchen, ihre Rolle als kompromissloser Außenseiter und damit einzige wahre Opposition Marokkos weiter auszubauen.

3.3. Die Salafisten

Neben innerparteilichen Veränderungen zeichnet sich seit 2011 auch eine Modifikation des politischen Systems ab. Das islamistische Feld durchläuft einen weiteren Fragmentierungsprozess, der vom Regime forciert wird. So ist beispielsweise im März 2012 eine seit 2008 verbotene kleine islamistische Partei, die Partei der islamischen Gemeinde (Hizb al-umma), wieder legalisiert worden. Im April 2011 war bereits

der bekannte salafistisch-jihadistische Prediger Mohamed Fizazi⁶¹ von König Mohamed begnadigt und aus der Haft entlassen worden. Im Frühjahr 2012 wurden mit Hassan Kettani, Mohamed Rafiki und Omar Haddouchi drei weitere salafistisch-jihadistische Prediger, die nach den Attentaten vom 16. Mai 2003 verhaftet worden waren, begnadigt und aus der Haft entlassen. Zudem wurde dem salafistischen Prediger Mohamed Maghraoui die Rückkehr aus seinem Exil in Saudi-Arabien nach Marokko gestattet.

Seitdem verdichten sich die Hinweise, dass es zu einer Parteigründung im salafistischen Spektrum kommen könnte. Die Salafisten bilden jedoch keine homogene Gruppe, die eine geschlossene Position vertritt, was ihre politische Organisation merklich erschweren sollte. Vielmehr gibt es unterschiedliche lokale Gruppen, die meist an einen bekannten Prediger gebunden sind.⁶² Einige der jüngst begnadigten Salafisten-Prediger, wie Abu Hafs und Hassan Kettani, äußerten sich bisher zögerlich zu einer möglichen Parteigründung und haben eine Teilnahme am politischen Leben vorerst ausgeschlossen.⁶³ Anders verhält es sich im Fall von Mohamed Fizazi. Der in Tanger niedergelassene Prediger äußerte vermehrt seine Absicht, eine politische Partei zu gründen, wahrscheinlich unter dem Namen Partei des Wissens und der Arbeit. Fizazi betonte jedoch, dass es sich zwar um eine islamistische, nicht jedoch um eine salafistische Partei handeln werde. Fizazi bekräftigt dabei immer wieder, dass Wandel nur innerhalb des bestehenden Systems möglich sei und bekennt sich zur Monarchie. „Die Gründung einer Partei zielt darauf ab, diejenigen, die noch nicht politisch aktiv sind, einzubinden“, so Fizazi.⁶⁴

Die politische Eingliederung der Salafisten wird auch von der kleinen islamistischen Partei Erneuerung und Tugend (Hizb al-nahda wal-fadila) vorangetrieben. Diese spekuliert darauf, Salafisten in die eigene Partei einzugliedern und damit ihre Parteibasis zu erweitern. Die Partei versucht, eine Nische im islamistischen Spektrum zu füllen, indem sie sich bemüht, religiösen Gelehrten eine Plattform zu bieten. Die Eingliederung der Salafisten wäre deshalb von strategischer Bedeutung für die Partei. Der Generalsekretär der Partei, Mohammed Khalidi, gilt als besonders königstreu und war als früheres Mitglied des MPDC schon an der Eingliederung des PJD ins politische System beteiligt. Es wird deshalb darüber spekuliert, ob die Eingliederung der Salafisten eine koordinierte Bemühung zwischen dem Regime und der Partei Erneuerung und Tugend darstellt. „Die Salafisten müssen

sich organisieren. Es ist gefährlich, wenn sie nicht organisiert sind. Wir wissen ja gar nicht, wer sie sind.“, erklärte Khalidi.⁶⁵ Noch ist nicht abzusehen, ob eine salafistische Partei gegründet wird oder ob sich einige Salafisten in eine der etablierten Parteien eingliedern werden. Ersteres scheint jedoch wahrscheinlicher. Denn Experten gehen davon aus, dass der König auf die altbewährte Strategie des *divide et impera* zurückgreift und das islamistische Feld zu spalten versucht. „Die Monarchie will vermeiden, dass die Bewegung *Adl wal-ihсан* als einzige islamistische Opposition wahrgenommen wird und treibt deshalb die Gründung einer salafistischen Partei voran.“, so der Politologe und Islamismus-Experte Mohamed Darif.⁶⁶

Salafistisch-jihadistische Gruppen stellen in Marokko eine Ausnahme dar. Die Anschläge auf ein bei Touristen sehr beliebtes Café in Marrakesch im April 2011, bei dem 14 Menschen getötet wurden, zeigen jedoch, dass salafistisch-jihadistische Gruppen auch nach den Anschlägen von 2003 in Casablanca und den Verhaftungen in ihren Reihen immer noch aktiv sind. Die marokkanische Regierung machte 2003 die Gruppen *Jama'a al-sirat al-mustaqima* (Der aufrichtige Weg), gegründet von dem Afghanistankämpfer al-Miloudi al-Zakariya, und *al-Jama'a al-salafiya al-jihadiya*, die Al-Qaida nahestehen sollen, für die Anschläge verantwortlich.

Im April 2012 geriet die Regierung Benkirane und speziell der PJD-Justizminister Mustapha Ramid selbst ins Visier jihadistischer Salafisten. Eine virtuelle Gruppe, die sich „Einheit und Jihad“ nennt, schickte dem Minister Morddrohungen. Die Gruppe stellt den islamischen Charakter des PJD in Frage, weil die Partei sich unter anderem nicht für ein allgemeines Alkoholverbot in Marokko eingesetzt hätte. Sicherheitsexperten stufen die Gruppe jedoch als ungefährlich ein, da sie ausschließlich virtuell aktiv sei.⁶⁷

4. Perspektiven

Der „Arabische Frühling“ nahm in Marokko einen spezifischen Verlauf. Es ist weder zu einer grundlegenden Neukonfiguration des politischen Feldes noch zu einem Sturz des Königs bzw. der Monarchie gekommen. Auch wenn es vermehrt Anzeichen für die Gründung einer salafistischen Partei gibt, sind die islamistischen Akteure in Marokko weitestgehend auch nach 2011 dieselben geblieben. Dennoch vollzieht sich auch in Marokko ein zunehmender Elitenwandel, in dessen Ver-

lauf islamistische Eliten im politischen System an Bedeutung gewinnen und eine zunehmende Bereitschaft zeigen, sich in staatliche Strukturen zu integrieren. Im Gegensatz zu Tunesien sind in Marokko Islamisten jedoch nicht an die Macht gekommen, wie in der westlichen Presse häufig behauptet wird, sondern sie leiten die Regierungsgeschäfte, was einen fundamentalen Unterschied darstellt.⁶⁸ Das Verhältnis zwischen Monarchie und islamistischer Regierungspartei PJD hat sich nicht grundlegend verändert. Der PJD erkennt auch weiterhin die Vormachtstellung der Monarchie an.

Die wirklichen Neuerungen im islamistischen Feld sind parteiinterner Art. Seit dem Wahlsieg des PJD durchläuft die Partei einen Wandlungsprozess. Die Mitgliederzahlen sind stark gestiegen und die Mehrheit der neuen Mitglieder sind nicht mehr wie zuvor auch Mitglieder der PJD-nahen Vereinigung MUR. Den neuen Mitgliedern werden zumindest teilweise opportunistische Motive unterstellt, was sich, falls bewahrheitet, langfristig negativ auf die Parteibasis auswirken kann. Es gibt deshalb Grund zu der Annahme, dass die Partei einen ähnlichen Notabilisierungsprozess durchlaufen könnte wie die sozialistische Partei USFP in den 1990er Jahren.

Die Vormachtstellung der Monarchie ist durch den „Arabischen Frühling“ nicht gefährdet worden. Der Versuch des Regimes, den Einfluss der Vereinigung Adl wal-ihсан möglicherweise durch eine salafistische Parteigründung einzudämmen, wird vermutlich an der numerischen Bedeutungslosigkeit und der heterogenen Natur der salafistischen Gruppen scheitern. Es ist dennoch davon auszugehen, dass Adl wal-ihсан politisch isoliert bleiben wird und deshalb auch in Zukunft die Monarchie nicht ernsthaft gefährden kann. Die enge Anbindung Marokkos an den Westen und die Öffnung gegenüber Europa werden deshalb auch in Zukunft Konstanten der marokkanischen Außenpolitik bleiben. Innenpolitisch zeigte die Verfassungsreform 2011, dass der König auch weiterhin die zentrale Gestaltungsfigur der marokkanischen Politik bleiben wird.

- 1| *Vgl. den Abdruck der Rede König Mohameds in französischer Übersetzung u.a. unter <http://www.rue89.com/2011/03/10/discours-du-roi-mohamed-vi-du-maroc-le-texte-integral-194270> (letzter Abruf: 28.8.2012).*
- 2| *Vgl. Engelcke, Dörthe: Es regiere der König!, in: Zenith Zeitschrift für den Orient, Hamburg, 3.7.2011.*

- 3| Vgl. Filiu, Jean-Pierre: *The Arab revolution*, London 2011, S. 29.
- 4| Zur historischen Entwicklung dieses Fragmentierungsprozesses, vgl. Zeghal, Malik: *Zur historischen Entwicklung dieses Fragmentierungsprozesses*, vgl. Zeghal, Malika: *Les islamistes marocains. Le défi à la monarchie*, Paris 2005, S. 60–94.
- 5| Vgl. Tozy, Mohamed: *Monarchie et Islam politique au Maroc*, Paris 1999.
- 6| Zur modernen Neuschöpfung von Traditionen vgl. Hobsbawm, Eric J./Ranger, Terence O.: *The invention of tradition*, Cambridge 1983.
- 7| Vgl. Sater, James N.: *Morocco. Challenges to tradition and modernity*, London 2010, S. 30–86.
- 8| Vgl. detailliert Faath, Sigrid: *Marokkos reformorientierte Religionspolitik: Eingriffe in Tradition und Religion*, in: dieselbe (Hrsg.): *Staatliche Religionspolitik in Nordafrika/Nahost. Ein Instrument für modernisierende Reformen?*, Hamburg 2007, S. 135–174.
- 9| Vgl. zur Organisation das Kurzprofil im Anhang.
- 10| Vgl. Dalmasso, Emanuela/Cavatorta, Francesco: *Political Islam in Morocco: negotiating the Kingdom's liberal space*, in: *Contemporary Arab Affairs*, London, Band 4, Nr. 4, 2011, S. 484–500, hier: S. 495.
- 11| Vgl. Belal, Youssef: *Le cheikh et le calife. Sociologie religieuse de l'islam politique au Maroc*, Lyon 2011, S. 149.
- 12| Vgl. Lauzière, Henri: *Post-Islamism and the religious discourse of 'Abd Al-Salam Yasin*, in: *International Journal of Middle East Studies*, Cambridge, Band 37, Nr. 2, 2005, S. 241–261, hier: S. 251.
- 13| Vgl. Maddy-Weitzman, Bruce: *Islamism, Moroccan-style: the ideas of Sheikh Yassine*, in: *Middle East Quarterly*, Philadelphia, 2003, S. 43–51.
- 14| Vgl. Belal (2011), a.a.O. (Anm. 11), S. 147.
- 15| Vgl. Willis, Michael J.: *Containing radicalism through the political process in North Africa*, in: *Mediterranean Politics*, London, Band 11, Nr. 2, 2006, S. 136–148, hier: S. 145.
- 16| Vgl. zum PJD das Kurzprofil im Anhang.
- 17| Vgl. Zeghal, Malika/Mohsen-Finan, Khadija: *Opposition islamiste et pouvoir monarchique au Maroc. Le cas du Parti de Justice et du Développement*, in: *Revue Française de la Science Politique*, Paris, Band 56, Nr. 1, 2006, S. 79–119, hier: S. 87.
- 18| Für eine detaillierte Zusammenfassung dieses Integrationsprozesses, vgl. Willis, Michael J.: *Between alternance and the Makhzen: At-Tawhid wa Al-Islah's entry into Moroccan politics*, in: *The Journal of North African Studies*, London, Band 4, Nr. 3, 1999, S. 45–80.
- 19| *Mouvement Populaire Démocratique et Constitutionnel (Demokratische und verfassungsmäßige Volksbewegung)*.
- 20| Vgl. zur Vereinigung das Kurzprofil im Anhang.
- 21| Vgl. Willis, Michael J.: *Morocco's Islamists and the legislative elections of 2002: the strange case of the party that did not want to win*, in: *Mediterranean Politics*, London, Band 9, Nr. 1, 2004, S. 53–81.
- 22| Vgl. Eibl, Ferdinand: *Parlamentswahlen in Marokko: Ende oder Anfang eines „marokkanischen Frühlings“?*, GIGA Focus Nr. 11, Hamburg: GIGA, November 2011.
- 23| Vgl. Smaoui, Sélim: *La probité comme argument politique. La campagne du Parti de la justice et du développement à Hay Hassani (Casablanca)*, in: Zaki, Lamia (Hrsg.): *Terrains de campagne au Maroc. Les élections législatives de 2007*, Paris 2009, S. 273–298.
- 24| Vgl. Bennani-Chraïbi, Mounia: *« Hommes d'affaires » versus « profs de fac »*. *La notabilisation parlementaire d'un parti de militants au Maroc*, in: *Revue Internationale de Politique Comparée*, Louvain-la-Neuve, Band 15, Nr. 2, 2008, S. 205–219, hier: S. 217.

- 25| Vgl. Willis, Michael: *Islamism, democratization and disillusionment: Morocco's legislative elections of 2007*, Research Paper, University of Oxford: St. Antony's College, 2007, <http://www.sant.ox.ac.uk/mec/morocco/Islamism-Democratisation-Disillusionment.pdf> (letzter Abruf: 28.8.2012).
- 26| Vgl. Catusse, Myriam/Karam, Karam: *Le développement contre la représentation? La technicisation du gouvernement local au Liban et au Maroc*, in: Camau, Michel/Massardier, Gilles (Hrsg.): *Démocraties et autoritarismes. Fragmentation et hybridation des régimes*, Paris 2009, S. 85–120.
- 27| Interview with Saad Eddin Al Othmani, in: *Arab Reform Bulletin*, Washington D.C., o.J., <http://carnegieendowment.org/files/Othmani2.pdf> (letzter Abruf: 28.8.2012); das Interview führte Amr Hamzawy am 20.12.2005.
- 28| Vgl. Zeghal/Mohsen-Finan (2006), a.a.O. (Anm. 17), S. 103.
- 29| Vgl. Tozy, Mohamed: *L'évoition du champ religieux marocain au défi de la mondialisation*, in: *Revue Internationale de Politique Comparée*, Louvain-la-Neuve, Band 16, Nr. 1, 2009, S. 63–81, hier: S. 76.
- 30| Vgl. *L'Economiste du Maroc*, Casablanca, 11.5.2012 (*Au coeur de la machine salafiste. Un grand rassemblement de Jamaat Attabligh Wa Daawa*).
- 31| Vgl. *Tel Quel*, Casablanca, 14.1.2012 (Document. *Ce que le PJD doit faire*).
- 32| Zum Verhältnis zwischen El Himma und dem PJD vgl. Eibl, Ferdinand: *The Party of Authenticity and Modernity (PAM): trajectory of a political deus ex machina*, in: *Journal of North African Studies*, London, Band 17, Nr. 1, 2012, S. 45–66, hier: S. 55–56.
- 33| Vgl. *La Vie Eco*, Casablanca, 13.2.2012 (*Banques islamiques: la loi que propose le PJD*).
- 34| Interview der Autoren mit Bilal Talidi, Rabat, 29.3.2012.
- 35| Vgl. *al-Tajdid*, Rabat, 18.2.2012 (Beitrag in Arabisch; „Daoudi: Fälle von Korruption im Hochschulministerium werden den Richtern übergeben werden“) und *al-Sabah*, Casablanca, 3.–4.3.2012 (Beitrag in Arabisch; „Geheimdienstoffiziere und Mitglieder der königlichen Garde auf den Listen der Verkehrslizenzen“).
- 36| Interview der Autoren mit Hassan Eharrat, Generalsekretär der Marokkanischen Vereinigung für Menschenrechte (AMDH), Rabat, 27.3.2012.
- 37| Vgl. *al-Sabah*, Casablanca, 13.2.2012 (Beitrag in Arabisch; „Human Rights Watch beschuldigt Al-Khalfi des Gesetzesverstößes“).
- 38| Vgl. *al-Sabah*, Casablanca, 12.3.2012 (Beitrag in Arabisch; „Volkskomitees bedrohen die individuellen Freiheitsrechte“).
- 39| Ebenda.
- 40| Ebenda.
- 41| Interview der Autoren mit Lahcen Daoudi, Rabat, 22.3.2012.
- 42| Vgl. *L'Economiste*, Casablanca, 26.3.2012 (*Affaire Amina Filali: La société civile durcit le ton*).
- 43| Interview der Autoren mit Basima Hakkoui, Rabat, 27.3.2012.
- 44| Zur Säkularisierung des PJD, vgl. Belal (2011), a.a.O. (Anm. 11).
- 45| Vgl. *La Vie Eco*, Casablanca, 12.3.2012 (*PJD: 100 jours, des bénéfices ... Et des soucis*).
- 46| Vgl. Wegner, Eva: *Islamist opposition in authoritarian regimes. The Party of Justice and Development in Morocco*, Syracuse 2011, S. 48.
- 47| Interview der Autoren mit Lahcen Daoudi, Rabat, 22.3.2012.
- 48| Vgl. Catusse, Myriam/Zaki, Lamia: *Gestion communale et clientélisme moral au Maroc: Les politiques du Parti de la Justice et du Développement* in: *Critique Internationale*, Paris, Band 42, Nr. 1, 2009, S. 73–91.
- 49| Interview der Autoren mit Lahcen Daoudi, Rabat, 22.3.2012.

- 50| Interview der Autoren mit Bilal Talidi, Rabat, 29.3.2012.
- 51| Vgl. Bennani-Chraïbi (2008), a.a.O. (Anm. 24).
- 52| Vgl. *Le Soir*, Casablanca, 10.10.2011 (Le PJD adoube Samir Abdelmoula).
- 53| Vgl. *L'Express*, Paris, 5.10.2011 (Maroc: Karim Tazi, un patron très politique).
- 54| Wegner (2011), a.a.O. (Anm. 46), S. 69. *Islamist Opposition in Authoritarian Regimes*.
- 55| Vgl. Wegner, Eva/Pellicer, Miquel: *Islamist moderation without democratization: The coming of age of the Moroccan Party of Justice and Development?*, in: *Democratization*, London, Band 16, Nr. 1, 2009, S. 157-175.
- 56| Interview der Autoren mit Omar Aharchane, Casablanca, 1.4.2012.
- 57| Ebenda.
- 58| Interview der Autoren mit Mitgliedern der Bewegung 20. Februar, Rabat, 29.3.2012.
- 59| Vgl. Cavatorta, Francesco: *Neither participation nor revolution: The strategy of the Moroccan Jamiat al-Adl wal-Ihsan*, in: *Mediterranean Politics*, London, Band 12, Nr. 3, 2007, S. 379-395.
- 60| Interview der Autoren mit Omar Aharchane, Casablanca, 1.4.2012.
- 61| Vgl. zu Fizazi das Kurzprofil im Anhang.
- 62| Vgl. Tozy (2009), a.a.O. (Anm. 29), S. 79.
- 63| Vgl. *Actuel*, Casablanca, 24.2.2012 (Le réveil des salafistes: *Demain la charia?*).
- 64| Vgl. *Le Soir*, Casablanca, 5.4.2012 (El Fizazi se convertit à la politique).
- 65| Interview der Autoren mit Mohammed Khalidi, Rabat, 23.3.2012.
- 66| Interview der Autoren mit Mohamed Darif, Casablanca, 28.3.2012.
- 67| Vgl. *al-Sabah*, Casablanca, 10.4.2012 (Beitrag in Arabisch; „Terroristische Organisation droht Ramid mit Bombenanschlag“).
- 68| Interview der Autoren mit Mohamed Darif, Casablanca, 28.3.2012.